



Zehn Forderungen zum Bürokratieabbau

Ergebnisse der Studie „Wie ist die Bürokratiebelastung für Unternehmen zu bremsen?“ am Beispiel des Gastgewerbes

Maßnahme	Details
<p>1. Umsatzsteuergesetz und Abgabenordnung: Abschaffen und Vereinfachen von Verfahrensschritten, Verbesserung von Dienstleistungen.</p>	<p>Die Verkürzung der Aufbewahrungsfrist für steuerlich relevante Unterlagen wie Rechnungen (§ 147 Abs. 3 Satz 1 AO) würde Entlastung schaffen. Sie beträgt zurzeit zehn Jahre und verursacht erhebliche Kosten.</p> <p>Eine Verkürzung von Betriebsprüfungszeiträumen wäre hilfreich, weil für typische Geschäftsprozesse, z.B. die Anwendung der richtigen Steuersätze, Rechtssicherheit hergestellt werden kann.</p> <p>Vereinfachungen für kleine Unternehmen (Kleinunternehmergrenze, Buchführungsgrenze) und kleine Beträge (Kleinbetragsgrenze) sollten ausgebaut werden.</p> <p>Finanzämter sollten verbindliche Auskünfte anbieten, um Auslegungsfragen zu klären.</p>
<p>2. Meldescheine: Verpflichtung abschaffen.</p>	<p>Die Pflicht zur Erfassung der Gäste für das Meldegesetz ist eine der Verpflichtungen, deren Sinn und Zweck den Betrieben nicht verständlich ist und bei der explizit eine Abschaffung vorgeschlagen wird. Der Sinn der Vorschrift wird für die Betriebe auch in der digitalen Abwicklung nicht klarer.</p>
<p>3. E-Check nach DIN VDE 0701-0702 (Prüfung der Elektroanlagen): Kosten für externe Experten verringern.</p>	<p>Die Prüfung der gesamten Elektroanlagen im Betrieb (alle Leitungen, Dosen, Schaltkästen, Sicherungen, Verteiler, elektrischen Geräte usw.) muss von einem befugten Elektriker ausgeführt werden. Dieser Aufwand des E-Checks wird von vielen Unternehmen als unangemessen angesehen. Wenn die Abschaffung von Verfahrensschritten nicht möglich ist, sollten Vereinfachungen realisiert werden, z.B. durch weniger Kosten für externe Fachkräfte.</p>
<p>4. Brandschutzmaßnahmen: Angemessenheit der Rechtsanwendung erhöhen</p>	<p>Es geht beim Brandschutz um ein wichtiges Ziel, das eine hohe Akzeptanz hat. Anforderungen, die den Buchstaben des Gesetzes erfüllen, aber nicht den Sinn, sollten jedoch vermieden werden. Dafür muss auch der Umfang der Verpflichtungen überprüft werden, z.B. in Bezug auf technische Normen. Beim Brandschutz</p>

Maßnahme	Details
	müssen in den kommunalen Ämtern die Voraussetzungen geschaffen werden, Ermessen bei einer zielgenauen Anwendung des Rechts auszuüben.
5. Bettensteuer (Übernachtungsteuer): Verschlinkung und Vereinfachung der Vorschriften.	Die Erhebung, Errechnung, Anmeldung und Abführung der Bettensteuer führen zu erheblichen bürokratischen Aufwänden in den Betrieben. Der Unterschied zwischen Übernachtungspreisen für geschäftlich und privat veranlasste Übernachtungen, führt zu Mehraufwänden. Vereinfachung ist notwendig.
6. Hygienevorschriften: Praxisnäher, digitaler und gleichmäßiger umsetzen.	Die Dokumentation der Temperatureinhaltung und der Reinigungstätigkeiten wird als unangemessen von den Betrieben angesehen. Aufgaben, die aus unternehmerischem Eigeninteresse ohnehin erfüllt werden, müssen in überflüssiger oder unpassender Form noch einmal berichtsmäßig nachvollzogen werden müssen. Die Prüfung variiert stark.
7. Kassenrichtlinie und GoBD: Weniger häufig ändern, Kosten nicht auf Unternehmen verlagern.	Die Kassenrichtlinie wird zu oft geändert, so dass neue Kassensysteme oder Software-Updates gekauft werden müssen. Es stört, dass der Aufwand zur Kontrolle von wenigen dient, aber auf alle Unternehmen verlagert wird.
8. Datenschutzgrundverordnung (DSGVO): Verpflichtungen besser erklären vor allem im KMU-Bereich.	Neben der Zeit und den Kosten werden von Unternehmen die Komplexität des Rechtsrahmens und die Unklarheiten beklagt. Den Unternehmen ist nicht klar, wie die Verpflichtungen aus der DSGVO zu erfüllen sind. Die Unternehmen tun deshalb mehr als gesetzlich vorgesehen oder beschäftigen Berater.
9. Beiträge zur Sozialversicherung und Lohnsteuer: Widersprüche auflösen, Regelungen aufeinander abstimmen, externe Kosten senken.	Durch ihre Komplexität sind die Kosten für die Vorschriften zur Sozialversicherung und Lohnsteuer hoch. Häufig müssen externe Experten beauftragt werden. Eine Vereinheitlichung und Übernahme von lohnsteuerlichen Bewertungen und Steuerbefreiungen in der Sozialversicherung und Umsatzsteuer würde für erhebliche Vereinfachung sorgen. Durch mehr Pauschalierungen könnte erreicht werden, dass Einzelfallprüfungen verringert werden und mehr Einsatz automatischer, digitaler Verfahren möglich wird.
10. Allergenkennzeichnung: Aufhebung von Verpflichtungen.	Die Allergenverordnung verursacht hohen Aufwand und wird wenig nachgefragt. Um die Vielfalt und Regionalität von Gerichten nicht zu gefährden, sollte die Allergenkennzeichnung auf einen Teilbereich zurückgeführt werden bei einem weiterhin guten Informationsniveau für die Verbraucher. Gerichte und Produkte, die nur saisonal angeboten werden, sollten von der Allergenkennzeichnung und entsprechenden Dokumentation ausgenommen werden.